

# Die Initiative - Eine erste Annäherung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

**stellen Sie sich auch immer häufiger die Frage: Sollen nun tatsächlich hauptsächlich die Alten, Arbeitslosen, Kinder, Kranken und die im Gesundheitswesen Beschäftigten, also all diejenigen, die auf die sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind, die „Zeche zahlen“, die die Globalisierung uns in Rechnung stellt?**

**Sowohl die Regierung als auch die Opposition**, viele Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Unternehmensverbände und der Medien sind der Ansicht, dass hauptsächlich diese, auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesenen Menschen besonders stark zur Kasse gebeten werden sollen.

Sie meinen, dass die Finanzmisere des Staates und der sozialen Sicherungssystem nur zu bewältigen sein wird, wenn die Alten, Arbeitslosen, Kinder und Kranken stärker belastet und die Leistungen stark eingeschränkt werden, die der Staat, das Renten-, Gesundheits- und das soziale Sicherungssystem für Arbeitslose bisher erbringen.

**Die Verwirklichung der sogenannten „Agenda 2010“** durch die rot-grüne Regierung wird bewirken, dass alle diese auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesenen Menschen weniger Leistungen erhalten und mehr für diese geringeren Leistungen zahlen müssen.

**Den Oppositionsparteien, der CDU/CSU und vor allem der FDP**, geht die von der Regierung in Gang gesetzte Belastung der Alten, Arbeitslosen, Kinder und Kranken noch nicht weit genug. Sie wollen diesen, auf die Solidarität angewiesenen Menschen, noch mehr nehmen, damit die heutigen, sogenannten „Leistungsträger“ – vor allem die „Besserverdienenden“ weiterhin gut oder sogar noch besser verdienen können.

Sie vertreten offen, das im Zeitalter des global gewordenen Konkurrenzkampfes die soziale und ökologische Marktwirtschaft nicht mehr bestehen bleiben kann, dass sie grundsätzlich verändert werden muss. Sie muss „reformiert“ werden in eine „neoliberale“ (amerikanisierte) Wirtschaft, in der die Starken auf Kosten der Schwachen in Wohlstand leben können.

Schon die ersten Schritte in diese „Reformrichtung“, die mit der Agenda 2010 angekündigt werden, führen zunächst dazu, dass besonders die Ärmern und die im unteren Bereich „Normalverdienenden“ sehr stark belastet werden. Sie werden sich noch stärker einschränken müssen.

## **Wird der Wohlstandsschutzwall nicht mehr benötigt?**

Das, was im folgenden Gedankenausflug gesagt wird, hört man sonst kaum. – Derjenige, der die derzeitige dramatische Entwicklung verstehen will, sollte es aber hören und wissen wollen.

Wenn die CDU/CSU und vor allem der FDP relativ offen, die SPD und die Grünen weniger offen das Ziel anstreben, die soziale und ökologische Marktwirtschaft in dieser Weise zu reformieren, so ist damit auch gesagt - auch wenn das nicht offen ausgesprochen wird - dass die soziale und ökologische Marktwirtschaft die Aufgabe, die sie von 1948 bis 1989 zu erfüllen hatte, nicht mehr erfüllen muss.

Meint man jetzt, dass sie - vor allem in Westeuropa - bis 1989 nur die Aufgabe hatte, einen **Wohlstandsschutzwall** gegen die sogenannte „kommunistische Welt“ zu bilden?

Dieser **Wohlstandsschutzwall**, den Gewerkschaften, sozialdemokratische Partei und christliche (soziale/demokratische) Union ohne großen Widerstand „erkämpfen“ konnten, ermöglichte auch den sozial Schwachen ein Einkommen, das ihnen – wenn auch oft ein bescheidenes, so doch zufriedenstellendes – Auskommen gewährte. Meint man, dies sei nun überflüssig?

Wenn nun seit 1989 die soziale und ökologische Marktwirtschaft scheinbar nicht mehr benötigt wird, weil das konkurrierende, staatlich zentralverwalteten Wirtschaftssystems des Ostblocks im Kampf der Systeme untergegangen ist, wenn sie nun in ein „neoliberales“ Wirtschaftssystem „reformiert“ werden soll, damit die europäischen Unternehmen im weltweiten Wettbewerb der sich globalisierenden Wirtschaft bessere Überlebenschancen haben, dann entsteht nicht nur für die „sozial Schwachen“, sondern wahrscheinlich auch für die gesamte Weltwirtschaft eine große Gefahr.

Obwohl die moderne Weltwirtschaft mit ihrer automatisierten Produktion für alle genügend viele Waren produzieren könnte, wird sie das nicht tun, wenn vielen Menschen das Geld fehlt, um die Waren am Markt nachfragen zu können. Wenn im breiten Umfang bei den Konsumenten, die einen Bedarf nach Waren haben, das Geld zur Nachfrage fehlt, so dass die angebotenen Waren nicht gekauft werden können, entsteht die Gefahr einer Deflation. Deflation heißt, die Nachfrage ist bedeutend niedriger als das (tatsächlich oder gemäß der Produktionskapazität potentiell) vorhandene Warenangebot.

Andererseits verfügen „richtig Besserverdienende“ über soviel Geld, dass sie nicht alles für den Konsum ausgeben können. Nicht die, die sparen, um sich später - mehr oder weniger große - Anschaffungen leisten zu können, schaffen die Probleme. Sie werden von den riesigen „überflüssigen“ Summen verursacht, die nicht in den Konsum fließen, sondern rein zu dem Zweck der Vermehrung des Geldes irgendwo „angelegt“, also investiert werden müssen. Dieses Geld fehlt dann für den Konsum, wenn die Unternehmen ihre Produktionskapazität nicht mehr ausweiten können, weil Geld für die Nachfrage fehlt.

**Die Deflation kann die ganze Weltwirtschaft in eine Abwärtsspirale ziehen.** Diesem Strudel zu entkommen ist dann nicht mehr leicht.

**Die Einkommensverteilung der letzten Jahrzehnte** (einschließlich der Gewinne der Unternehmer, der Aktionäre und derjenigen, die allein von den Zinsen großer Geldvermögen leben und das heißt immer, die von der Arbeit derjenigen Leben, die Waren produzieren und Dienstleistungen erbringen) führte zu dem Ungleichgewicht zwischen den Einkommen, die zum Konsum verwendet und solchen, die zu einem mehr oder weniger großen Anteil nur investiert werden können. Sie hat dazu geführt, dass denjenigen das Geld fehlt, die es zur Nachfrage benötigen. Die Agenda 2010 verstärkt diese Fehlentwicklung. Deshalb schadet sie einer gesunden Wirtschaftsentwicklung. Sie beschleunigt die Abwärtsspirale.

**Wir, die Menschen, die eine „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ in Gang setzen wollen,** möchten von Ihnen, den Bürger/innen unseres Landes, gerne wissen, ob Sie die geplanten Leistungseinschränkungen und die stärkeren finanziellen Belastungen für die Rentner, Arbeitslosen- und Krankenversicherten, die die Sozialbeiträge in Anspruch nehmen müssen, auch befürworten oder ob Sie bereit sind, andere Lösungen für das Problem der Finanzierung dieser Leistungen kennenzulernen und zu prüfen, ob diese besser sind.

**Wir wollen im Besonderen wissen,** ob die Betroffenen diese Belastungen wehrlos hinnehmen wollen, oder ob Sie Zeit und kraftvolles Engagement investieren wollen, um die Alternative zu verwirklichen, die die „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“ zur Rettung der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft und zu ihrer - an der Würde des Menschen orientierten - Weiterentwicklung vorschlägt.

Teilen sie uns bitte mit, ob Sie sich besonders für den Erhalt des Renten- oder des Gesundheitssystems oder für Arbeit und den Erhalt der Rechte und der Würde von Arbeitslosen engagieren wollen.

Sie können dann entweder eine **Einladung an alle Bürger/Innen, die heute oder später auf eine Altersversorgung angewiesen sind,** anfordern. Eingeladen wird dazu, sich an einer „**Offensive zur Rettung der Renten**“ zu beteiligen.

Oder Sie können einen „Aufruf zur Beteiligung der Bürger/innen an einer „**Offensive zur Gesundung des Gesundheitssystems**“ anfordern.

Sie können auch eine **Einladung an alle - arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten - Bürger/innen** bestellen.

Denjenigen, die sich allgemein für den Erhalt von Arbeit und das heutige Niveau der sozialen Sicherungssysteme in Europa einsetzen wollen, ist die Einladung an alle Bürger/innen - **Ein Aufruf zur Beteiligung der Bürger/innen an einer „Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit“** zu empfehlen.

Diese, jeweils 2-seitigen Einladungen sind dem Themenschwerpunkt nach variiert. In drei der vier Variationen werden eine wesentliche Ursache und eine grundlegende Lösung für das Problem der Finanzierung der Aufgaben des Staates und der sozialen Sicherungssysteme und Vorschläge zum Erhalt der bestehenden und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen kurz skizziert.

In dem 8-seitigen Text „**Plädoyer für einen Paradigmenwechsel**“ wird „**ein neues, zeitgemäßes und sozial gerechteres Steuer- und Sozialabgabensystem als eine Notwendende Grundlage für Arbeit, soziale Sicherheit und den inneren, sozialen Frieden**“ etwas ausführlicher beschrieben

In der 2-seitigen Einladung zur Beteiligung an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit werden sieben Sofortmaßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur sinnvollen Verringerung der Arbeitslosigkeit und zwei weitere Maßnahmen skizziert. Diese Maßnahmen werden in dem 8-seitigen Grundlagentext „**Aufruf zu einer Initiative zur Offensive für Arbeit und soziale Sicherheit**“ etwas ausführlicher beschrieben. Er ist für diejenigen Menschen geschrieben, die geneigt sind, sich initiativ mit der „Offensive“ zu verbinden.

Wenn Sie prüfen wollen, ob es richtig ist, sich für die Ziele der „Offensive“ einzusetzen, können Sie diese und weitere Texte – z. B. das **Info-Blatt über mögliche und schon in Planung befindliche Aktionen** – lesen. Sie können (zu einem geringen finanziellen Beitrag für Porto u.a. Kosten) bestellt werden.

„**Offensive**“, Panoramastr. 30 , 88147 Achberg; **E-Mail:** [Herbert.Schliffka@gmx.de](mailto:Herbert.Schliffka@gmx.de); **Konto:** IG EuroVision e.V., Volksbank Allgäu-West, BLZ 65092010, Konto-Nr.: 2929 023; Bitte Stichwort angeben: Spende für „Offensive“